

Massenhaft kranke Tiere in deutschen Ställen: VIER PFOTEN, Greenpeace und foodwatch fordern Maßnahmen für die Gesundheit von Nutztieren – Tiergesundheitsmonitoring nötig

geschrieben von Andreas | 3. September 2018
Pressemitteilung

Berlin, 3. September 2018. VIER PFOTEN, Greenpeace und foodwatch haben von der Bundesregierung wirksame Maßnahmen für die Gesundheit von Nutztieren in Deutschland gefordert. Ein großer Teil der Nutztiere leide unter vermeidbaren Erkrankungen: Kühe etwa unter Euterentzündungen, Mastschweine unter schmerzhaft verdickten Gelenken, Legehennen unter Knochenbrüchen. Trotzdem gelangten ihre Produkte massenhaft in den Handel. Die Bundesregierung habe bisher keine Maßnahmen vorgelegt, die diese Missstände beheben könnten. Das von Landwirtschaftsministerin Julia Klöckner erarbeitete Tierwohlkennzeichen greife viel zu kurz, kritisierten die Organisationen auf einer Pressekonferenz am Montag in Berlin. Die millionenfach auftretenden Produktionskrankheiten von Tieren spielten bei den Plänen der Bundesregierung keine Rolle.

“Egal, ob Eier, Schnitzel oder Milch: Fast jedes vierte tierische Lebensmittel stammt von einem kranken Tier – das ist ein Skandal. Statt mit dem Tierwohlkennzeichen lediglich

Alibi-Maßnahmen vorzunehmen, muss Frau Klöckner sicherstellen, dass insgesamt nur Produkte von tiergerecht gehaltenen und gesunden Tieren in den Handel kommen“, sagte Rüdiger Jürgensen, Country Director, VIER PFOTEN Deutschland im Namen der drei Organisationen.

VIER PFOTEN, Greenpeace und foodwatch kritisierten, dass es bisher keine gesetzlichen Zielvorgaben für die Gesundheit von Nutztieren gibt und die Erkrankungsraten nicht systematisch erfasst werden. Die Organisationen forderten ein bundesweites, betriebsgenaues Tiergesundheitsmonitoring sowie verbindliche Vorgaben für die Verbesserung der Gesundheit von Nutztieren. Für Betriebe, deren Tiere wiederholt sehr schlechte Zustände aufweisen, müsse es rechtliche Konsequenzen geben. Umgekehrt sollten Betriebe, die ein hohes Maß an Tiergesundheit erreichen, dafür finanziell belohnt werden.

Die Erkrankungsraten bei Nutztieren hängen von verschiedenen Faktoren ab – einen bisher kaum diskutierten, jedoch sehr großen Einfluss auf die Tiergesundheit hat das Management des Betriebs durch den Tierhalter. Der Gesundheitszustand der Tiere unterscheidet sich deshalb sehr stark von Betrieb zu Betrieb.

Das von Julia Klöckner vorgelegte freiwillige “Tierwohlkennzeichen” könne die miserable Situation vieler Nutztiere nicht verbessern, kritisierten die drei Organisationen. Denn es setze lediglich Mindeststandards für formale Haltungsbedingungen wie etwa Auslauf und Herdengröße – Kriterien für die Tiergesundheit fehlten hingegen. Ohnehin könnten selbst optimistischen Schätzungen zufolge lediglich 20 Prozent der Nutztiere von dem freiwilligen Siegel profitieren.

Wissenschaftliche Studien gehen bei Mastschweinen von Lungenerkrankungsraten um die 50 Prozent und schmerzhaft verdickten Gelenken um die 40 Prozent aus. Bis zu 90 Prozent der Milchkühe erkranken im Durchschnitt einmal im Jahr, sei es am Euter, an Stoffwechsel-Störungen oder an den Klauen.

Masthühner und Puten können am Ende der Mast aufgrund ihres schnellen Wachstums nicht mehr richtig laufen und verdursten deswegen zum Teil. Über 50 Prozent der Legehennen erleiden Knochenbrüche.

Quellen und weitere Informationen:

- Positionspapier “VIER PFOTEN, Greenpeace und foodwatch fordern ein bundesweites Tiergesundheitsmonitoring”: tinyurl.com/position-tiergesundheit
- Zusammenstellung von Studien zur Tiergesundheit: www.studien-tiergesundheit.foodwatch.de

Pressekontakt:

foodwatch: Sarah Häuser

E-Mail: presse@foodwatch.de

Tel.: 030 / 24 04 76 290

Greenpeace: Martin Hofstetter

E-Mail: martin.hofstetter@greenpeace.org

Tel.: 0171 / 87 06 645

VIER PFOTEN: Maike Kant

E-Mail: presse-d@vier-pfoten.org

Tel.: 040 / 399 249 44

**Das kann jeder von uns
besser: 4,5 Millionen t
kompostierbare Abfälle mal**

eben in die falsche Tonne

geschrieben von Andreas | 3. September 2018

**Bundesweite Aktionswochen zur Biotonne vom 8. – 29. September:
mehr als 100 Abfälle in unseren Küchen für die Biotonne**

**Persönlicher Online-Check „Was darf in meine Biotonne?“ auf
www.aktion-biotonne-deutschland.de**

**Unterstützt von Bundesumweltministerium, NABU,
Landesumweltministerien, Abfallverbänden, dem Einzelhandel,
Landkreisen und Kommunen**

Verwelkte Rosen, Kartoffelschalen und mehr als 100 weitere kompostierbare Abfälle bilden die größte Abfallfraktion in unseren Küchen. Während Deutschland bei Glas und Papier vorbildlich trennt, gibt es beim Biomüll gewaltigen Nachholbedarf: davon landet die Hälfte – rund 4,5 Millionen Tonnen jährlich in Deutschland – immer noch in der Restmüllanstalt der Biotonne. Wählen wir die richtige Tonne, ersetzt der daraus hergestellte Kompost auf dem Acker und in Gärten große Mengen an Kunstdünger und klimaschädlichem Torf. Manche Regionen machen zudem aus Bioabfall Strom und Wärme – einfacher kann täglicher Klimaschutz nicht sein. Für alle, die sich unsicher sind, was in die Biotonne darf und was nicht, gibt jetzt die erste bundesweite Internetseite zur Biotonne www.aktion-biotonne-deutschland.de Klarheit; der dortige Online-Biotonnen-Check unterstützt das Sortieren mit viel Spaß und Leichtigkeit. Außerdem informieren viele Städte und Gemeinden während der deutschlandweiten Aktionswochen zur Biotonne vom 8. bis 29. September über Bioabfälle. Veranstalter der Aufklärungskampagne ist das Netzwerk „Aktion Biotonne Deutschland“, das von Bundesumweltministerium, dem NABU, Landesumweltministerien, Abfallverbänden, dem Einzelhandel, Landkreisen und Kommunen unterstützt wird. Mehr Informationen zur Biotonne und die Initiative „Aktion Biotonne Deutschland“ findest Du unter

www.aktion-biotonne-deutschland.de.

Die Visual Statements in hoher Auflösung findest Du hier.

Pressekontakt:

Projektbüro Aktion Biotonne
c/o lichtl Ethics & Brands GmbH

Bianca König
Rheingaustraße 4
65719 Hofheim/Taunus
Tel.: +49 (0)6192 975 92 84
Fax: +49 (0)6192 975 92 99

E-Mail: bianca.koenig@lichtl.com
www.aktion-biotonne-deutschland.de

Report von foodwatch und PowerShift zeigt: Neue EU-Handelsabkommen sind eine Gefahr für Verbraucher, Umwelt und Demokratie

geschrieben von Andreas | 3. September 2018
Pressemitteilung – Freihandelsabkommen

- Geplante EU-Freihandelsabkommen unter anderem mit Japan und Mexiko hätten negative Folgen für Demokratie, Verbraucherrechte und Umweltschutz
- Report von foodwatch und PowerShift deckt Schwachstellen etwa bei Fleischimporten und Pestizid-Zulassung auf

– foodwatch fordert Stopp der Verhandlungen und Neuausrichtung der europäischen Handelspolitik

Berlin/Berlin, 7. Februar 2018. Die Europäische Union verhandelt derzeit eine Reihe neuer Freihandelsabkommen, die negative Folgen für Verbraucherrechte, Umweltstandards und demokratische Prinzipien hätten. Das zeigt ein Report der Organisationen PowerShift und foodwatch. Die geplanten EU-Abkommen unter anderem mit Indonesien, Japan und dem südamerikanischen Mercosur-Staatenbund enthielten ähnlich kritische Vorhaben wie das auf Eis gelegte TTIP-Abkommen mit den USA oder das vorläufig in Kraft getretene EU-Kanada-Abkommen CETA – beispielsweise Sonderklagerechte für Konzerne, Handelsausschüsse ohne ausreichende demokratische Kontrolle oder eine Aufweichung des Vorsorgeprinzips beim Gesundheits- und Verbraucherschutz. Trotz der Risiken finden die Verhandlungen unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt, kritisierten die beiden Organisationen. Noch nicht einmal alle Verhandlungsmandate sind öffentlich. foodwatch forderte den Stopp der Verhandlungen und eine komplette Neuausrichtung der europäischen Handelspolitik.

“Die EU hat aus den Protesten gegen TTIP und CETA offenbar nichts gelernt. Auf dem Altar des Freihandels sollen Verbraucherschutz, Umweltstandards und demokratische Prinzipien geopfert werden – zulasten der Menschen in Europa und zulasten der Menschen in den Partnerländern”, sagte Thilo Bode, Geschäftsführer von foodwatch International, bei der Vorstellung des Reports am Mittwoch in Brüssel. Die Europäische Kommission müsse die Verhandlungen sofort beenden. Bei den geplanten Abkommen gehe es nicht nur um den Wegfall von Zöllen. Es bestehe die reale Gefahr, dass Verbraucher- oder Umweltschutzstandards abgesenkt oder auf einem niedrigen Niveau festgeschrieben würden, so Thilo Bode. “Wir sind nicht gegen Handel – aber Handel muss den Menschen dienen, und nicht einseitig den Interessen von Konzernen.”

Der Report “Handel um jeden Preis?” wurde von der Organisation

PowerShift im Auftrag von foodwatch erstellt und untersucht fünf EU-Handelsabkommen, die bisher kaum im Fokus der Öffentlichkeit stehen: mit **Japan, Vietnam, Indonesien** und **Mexiko** sowie mit dem Verbund der südamerikanischen Staaten Brasilien, Argentinien, Uruguay und Paraguay (**Mercosur**). Die Verhandlungen sind teilweise schon weit fortgeschritten, andere stehen noch ganz am Anfang. Viele Punkte, die bereits bei TTIP und CETA für Kritik gesorgt hatten, sind nach Ansicht von foodwatch und PowerShift nahezu 1:1 auch in den neuen Verträgen enthalten:

– Das europäische **Vorsorgeprinzip** ist in keinem der Abkommen abgesichert. Stattdessen soll der “nachsorgende Ansatz” der Welthandelsorganisation (WTO) gelten, der – vereinfacht gesagt – bedeutet: Eine Substanz ist solange zugelassen, bis deren Schädlichkeit nachgewiesen ist. Beim Vorsorgeprinzip gilt hingegen die Umkehr der Beweislast: Ein Unternehmen muss – beispielsweise bei der Zulassung von Chemikalien – die Unschädlichkeit wissenschaftlich nachweisen. Regierungen in Europa müssen bei potenziellen Risiken vorsorgend aktiv werden, wenn es begründete Bedenken gibt.

– Durch die Abkommen werden **Ausschüsse** gebildet, die weitreichende Veränderungen festlegen dürfen – ohne ausreichende demokratische Kontrolle durch Parlamente. Ähnliche Mechanismen im CETA-Abkommen sind Gegenstand einer Verfassungsbeschwerde in Deutschland.

– In den Verträgen mit Vietnam, Indonesien und Mexiko sind umfassende **Investor-Staat-Klagerechte** geplant – eine Art Paralleljustiz, über die Konzerne in Zukunft Staaten wegen politischer Regulierungsmaßnahmen verklagen könnten.

– Bei allen der geplanten Abkommen ist nicht nur der Abbau von Schutzzöllen und Marktöffnungen für Unternehmen das Ziel. Sondern – ähnlich wie TTIP und CETA als Freihandelsabkommen einer “neuen Generation” – auch die Beseitigung sogenannter nicht-tarifärer Handelshemmnisse. Dazu zählen beispielsweise

Regulierungen im Gesundheits-, Verbraucher- und Umweltschutz. Standards könnten durch die Handelsverträge gesenkt oder vertraglich festgeschrieben werden, so dass sie in Zukunft nicht mehr einseitig von einem Handelspartner verschärft bzw. verbessert werden könnten.

“Genau wie bei TTIP und CETA geht es bei den neuen Handelsabkommen nicht nur um den Abbau von Zollschränken, sondern auch um Verbraucherrechte und Umweltschutzstandards – und die Frage, wie und wer darüber in Zukunft entscheidet“, sagte Thomas Fritz von PowerShift, einer der Autoren der Studie. Es ließen sich bereits jetzt konkrete Punkte nennen, inwiefern die geplanten Abkommen negative Folgen für den Umwelt- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft und Ernährung haben könnten. Drei **Beispiele** aus dem Report:

– **Fleischimporte / Südamerika:** Ein Freihandelsabkommen mit dem Staatenverbund Mercosur würde den europäischen Markt für Agrarprodukte aus Südamerika weiter öffnen. Fleischproduzenten etwa aus Brasilien, die enorm kostengünstig große Mengen produzieren, könnten ihre Exporte und Produktion deutlich steigern – mit fatalen Folgen für die Umwelt: In Brasilien findet ein Großteil der Nutztierhaltung auf gerodeten Regenwaldflächen statt.

– **Pestizide / Japan:** In Japan werden deutlich mehr Pestizide in der Landwirtschaft eingesetzt als in der Europäischen Union. Kommt es zu einem Freihandelsvertrag, könnten Import-Lebensmittel mit erhöhten Pestizidrückständen in Europa auf den Markt kommen. Das eigentlich im EU-Recht verankerte Vorsorgeprinzip würde so faktisch ausgehebelt.

– **Palmöl-Anbau / Indonesien:** Indonesien ist der weltgrößte Produzent von Palmöl. Rund 10 Prozent der Exporte gehen in die EU – für Lebensmittel, Kosmetika oder Biodiesel. Das Land erhofft sich durch den Wegfall von Handelsschranken einen weiteren Anstieg der Exporte nach Europa. Die Anbauflächen könnten weiter wachsen – was zu deutlich höheren Treibhausgas-

Emissionen führen würde. Denn neue Palmölplantagen entstehen oft durch das Abbrennen von Torfböden. Die EU setzt sich zwar offiziell für einen nachhaltigen Palmöl-Anbau ein – allerdings nur mit freiwilligen Initiativen. Die deutsche Bundesregierung hat vorgeschlagen, einen umweltgerechteren Anbau unter Berücksichtigung menschenrechtlicher Sorgfaltspflichten zur Bedingung für den Abbau von Handelsbeschränkungen zu machen. Die EU-Kommission hat die damit einhergehende Möglichkeit von Sanktionen jedoch bisher stets abgelehnt. Aktuell liegt ein Entwurf für ein Nachhaltigkeitskapitel in dem Indonesien-Abkommen vor – der ebenfalls keine sanktionsbewehrten Maßnahmen vorsieht.

Quellen und weiterführende Informationen:

- Report “Handel um jeden Preis?”:
www.tinyurl.com/Freihandelreport
- Forderungen von foodwatch:
www.tinyurl.com/Forderungen-Handelspolitik

Pressekontakt:

foodwatch e.V.

Andreas Winkler

E-Mail: presse@foodwatch.de

Tel.: +49 (0)30 / 24 04 76 – 2 90 und +49 (0)174 / 3 75 16 89

PowerShift e.V. / Thomas Fritz

Email: thomas.fritz@power-shift.de

Tel.: +49 (0)160 / 932 31 548

Koalitionsvertrag darf sich nicht als ungedeckter Scheck entpuppen

geschrieben von Andreas | 3. September 2018

Pressemitteilung Germanwatch

Germanwatch begrüßt klares Bekenntnis zu nachhaltiger Entwicklung und Klimaschutz – kritisiert aber fehlenden Mut, die notwendigen Maßnahmen zur Umsetzung zu beschließen

Berlin/Bonn (7. Feb. 2018). CDU, CSU und SPD erheben die UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung und die Pariser Klimaziele zum Leitprinzip des Regierungshandelns – aber sie versäumen die Chance, die Ernsthaftigkeit mit klaren Rahmensetzungen zu untermauern, da zentrale Umsetzungsmaßnahmen erst nächstes Jahr beschlossen werden sollen. Dieses zwiespältige Fazit zieht die Umwelt- und Entwicklungsorganisation Germanwatch zu den Klima-, Menschenrechts-, Agrar- und Entwicklungsthemen im Koalitionsvertrag. “Gerade haben die Koalitionspartner eingeräumt, dass die Klimaziele für 2020 nicht rechtzeitig erreicht werden. Da verkünden sie die nächsten Ziele und lassen bewusst die Frage offen, ob der Scheck diesmal gedeckt ist. Das ist ein riskantes Spiel mit der eigenen Glaubwürdigkeit”, sagt Christoph Bals, Politischer Geschäftsführer von Germanwatch. “Es ist gut, dass die Klimaziele gesetzlich verankert werden sollen. Zugleich scheut die neue Regierung aber eine klare Ansage für den notwendigen CO2-Preis, ohne den sich die Ziele nicht erreichen lassen. Sie kündigt auch nicht die kurzfristige Stilllegung der schmutzigsten Kohlekraftwerke an, die notwendig wäre, um die Lücke zum Klimaziel für 2020 wenigstens zum guten Teil zu schließen.”

Der Koalitionsvertrag liefert aus Sicht von Germanwatch das

Drehbuch für eine grundlegende gesellschaftliche Debatte in den nächsten Monaten: Sollen Klimaziele nur verkündet oder auch umgesetzt werden? Wird ein Datum für den Ausstieg aus der Kohle gesetzt, das zu den Klimazielen passt? Wird gemeinsam mit Frankreich der notwendige CO₂-Mindestpreis für alle Sektoren vorangetrieben?

Christoph Bals: "Man kann nicht für den Verkehrsbereich das ambitionierte Ziel setzen, die Emissionen um 40 bis 42 Prozent bis 2030 zu reduzieren und zugleich für die Umsetzung des aktuellen Bundesverkehrswegeplans massive Investitionen in Straßen ankündigen. Das steht klar im Widerspruch zu den Pariser Klimazielen. Ähnlich verhält es sich in der Landwirtschaft: Ohne Vorschläge für Klimaschutz in der Tierhaltung, die für drei Viertel der landwirtschaftlichen Treibhausgasemissionen verantwortlich ist, kommt man auch in diesem Sektor nicht weiter. Man kann nicht Kommissionen einsetzen, um neue Regulierungen zu beschließen – und zugleich ankündigen, dass für jede neue Regulierung eine bestehende beseitigt werden soll."

Auch bei der Bildung fehlen konkrete Ansätze zur Umsetzung. Sie ist zwar als Schlüsselthema benannt, doch es fehlen Maßnahmen, Bildung in allen Bereichen entsprechend der Agenda 2030 als Treiber für nachhaltige Entwicklung weiterzuentwickeln.

Germanwatch begrüßt die Ankündigung einer "entschlossenen und substanziellen Außen-, Sicherheits-, Entwicklungs- und Menschenrechtspolitik aus einem Guss", die sich klar an der Agenda 2030 orientieren soll. Zu Recht werde darauf hingewiesen, dass sich in den kommenden Jahren entscheiden wird, "welche Standards und Regeln in Handel, Klima- und Energiepolitik die internationale Ordnung prägen werden". Bals: "Wenn die Regierung den strategischen Störmanövern der US-Regierung und der Langfriststrategie Chinas konstruktiv begegnen will, dann muss sie gemeinsam mit Frankreich und der gesamten EU klare Zeichen für die Umsetzung der Menschenrechte und des Klimaschutzes setzen. Als größter Nutzer der Kohle in

Europa ist Deutschland schlecht aufgestellt für die Auseinandersetzung mit Trump, der Kohle zum Klimaschutzinstrument umdefinieren will. Die Bundesregierung muss 2020 ein Gesetz mit menschenrechtlichen Regeln für Unternehmen beschließen. Nur so kann sie glaubwürdig auf die regelbasierte internationale Ordnung drängen und die notwendigen internationalen Allianzen aufbauen.“

Ausführlichere Germanwatch-Analyse des Koalitionsvertrags (Klima, Entwicklung, Menschenrechte und weitere Themen) unter: www.germanwatch.org/de/15004

Kontakt für Medien:

Stefan Küper
Pressesprecher

Germanwatch e.V.
Dr.Werner-Schuster-Haus
Kaiserstr. 201
D-53113 Bonn

Tel. +49 (0)228 / 604 92-23, Fax -19
mobil: 0151 / 252 110 72
E-Mail: kueper@germanwatch.org
www.germanwatch.org

**Soziale Ungleichheit durch
Steuervermeidung | EU-
Steueroasenliste:**

Finanzminister verwässern hoffnungsvollen Ansatz

geschrieben von Andreas | 3. September 2018

Oxfam fordert effektive Steueroasenliste und Transparenz der Einstufungskriterien

Berlin, 23. Januar. Die EU-Finanzminister haben heute beschlossen, acht Länder von der „schwarzen“ auf die „graue“ Steueroasenliste herunterzustufen. Tobias Hauschild, Oxfam-Experte für Steuergerechtigkeit, kommentiert:

„Die EU-Finanzminister sind dabei, einen hoffnungsvollen Ansatz aufzuweichen und zu verwässern. Sie entziehen damit dem Vorgehen gegen Steuervermeidung eine wesentliche Grundlage. So schwächen sie eins der wichtigsten Mittel im Kampf gegen soziale Ungleichheit. Wie Oxfam im aktuellen Bericht [„Reward Work, not Wealth“](#) zeigt, flossen zwischen 2016 und 2017 ganze 82 Prozent des weltweiten Vermögenswachstums in die Taschen des reichsten Prozents der Weltbevölkerung. Allein durch Steuervermeidung dieses reichsten Prozents entgehen Staaten jedes Jahr etwa 200 Milliarden US-Dollar an Steuereinnahmen.“

Hauschild weiter: „Vor diesem Hintergrund ist skandalös, wie die EU ihre Steueroasenliste zu einem zahnlosen Tiger macht. Zudem ist der Prozess intransparent: Es ist derzeit völlig unklar, zu welchen Maßnahmen sich die acht heruntergestuften Länder verpflichtet haben. Die Zugeständnisse der anderen Länder auf der „grauen Lise“ sind ebenfalls bislang noch unter Verschluss. Auch, dass vier Staaten nur aufgrund ihrer EU-Mitgliedschaft von einer Listung als Steueroase verschont blieben, stärkt nicht das Vertrauen in diese Politik.“

Redaktionelle Hinweise

– Der Bericht [„Reward Work, not Wealth“](#) steht mit weiteren Materialien zum Download bereit unter

<https://www.oxfam.de/presse/pressemitteilungen/2018-01-22-82-prozent-weltweiten-vermoegenswachstums-geht-ans-reichste>

– Anfang Dezember 2017 hatten sich die Finanzminister der EU auf eine 17 Länder umfassende Schwarze Liste für Steueroasen geeinigt. Zusätzlich gibt es eine „Graue Liste“ von Ländern, die derzeit als Steueroasen betrachtet werden, aber Reformen zugesagt haben. Oxfam warnte damals, die „Graue Liste“ dürfe kein Rettungsboot für Steueroasen werden und forderte, ohne nachprüfbar Reformen müssten die Länder zeitnah auf die Schwarze Liste überführt werden. (Gegenrichtung schneller)
<https://www.oxfam.de/presse/pressemitteilungen/2017-12-05-steueroasen-graue-liste-eu-darf-nicht-dauerloesung>

– Im November 2017 hat Oxfam den Bericht „Blacklist or Whitewash“ vorgelegt, der zeigte, wie eine unverfälschte Steueroasenliste aussehen müsste. In diesem Zusammenhang äußerte Oxfam die Befürchtung, dass politischer Druck zur Verwässerung der Kriterien und damit zu einer nutzlosen Liste führt.

<https://www.oxfam.de/presse/pressemitteilungen/2017-11-28-diese-35-laender-gehoren-geplante-eu-steueroasenliste>

– Die acht Länder, die von der „schwarzen“ auf die „graue“ Liste verschoben wurden, sind

Barbados

Grenada

Südkorea

Macau

Mongolei

Panama

Tunesien

Vereinigte Arabische Emirate

Pressekontakt:

Nikolai Link, Tel.: 030-45 30 69 712, E-Mail: nlink@oxfam.de

Oxfam ist eine internationale Nothilfe- und

Entwicklungsorganisation, die weltweit Menschen mobilisiert, um Armut aus eigener Kraft zu überwinden. Dafür arbeiten im Oxfam-Verbund 20 Oxfam-Organisationen Seite an Seite mit rund 3.250 lokalen Partnern in mehr als 90 Ländern.

Mehr unter www.oxfam.de

Oxfam Deutschland e.V.
Am Köllnischen Park 1
10179 Berlin
Deutschland

Klimapolitische Lockerungsübungen des BDI

geschrieben von Andreas | 3. September 2018
Pressemitteilung Germanwatch

BDI-Forderungspapier mit überraschend viel Unterstützung für mehr klimapolitische Ambition der nächsten Bundesregierung – aber Eiertanz in Bezug auf notwendige Rahmensetzungen

Berlin/Bonn (18. Jan. 2018). Die Entwicklungs- und Umweltorganisation Germanwatch versteht das vom BDI heute vorgelegte Positionspapier als Aufruf an die Politik, Klimaschutz stärker als Chance für die deutsche Wirtschaft wahrzunehmen. “Wir sind positiv überrascht”, sagt Christoph Bals, Politischer Geschäftsführer von Germanwatch. “Der BDI erkennt offenbar zunehmend, dass der Standort Deutschland gefährdet ist, wenn wir ambitionierte Klimapolitik nicht als Innovations- und Modernisierungstreiber nutzen. Mit Blick auf die notwendigen Rahmensetzungen durch die Politik führt der BDI allerdings weiterhin einen Eiertanz auf.”

Germanwatch begrüßt insbesondere die Betonung der Chancen für die deutsche Industrie auf den Weltmärkten durch eine ambitionierte Klimapolitik in Deutschland in dem Papier des BDI. "Das ist das Signal an die nächste Bundesregierung, dass die Zeit des Auspielens von Klimaschutz gegen wirtschaftlichen Erfolg zu Ende geht. Wir hoffen, das kommt auch bei den Verhandlerinnen und Verhandlern für die nächste Regierungskoalition an", sagt Christoph Bals.

Im Widerspruch zu seiner heutigen Pressemitteilung erklärt der BDI in seiner Zusammenfassung der dem Forderungspapier zugrundeliegenden Studie, die Bundesregierung solle das nationale 95-Prozent-Reduktionsziel für 2050 dann aufgeben, wenn die Umsetzung vergleichbarer Ambitionen auf globaler Ebene nicht erreicht werden sollte. Deutschland müsse das 95-Prozent-Ziel aber umgehend anstreben, andernfalls wäre ein Umstieg von 80 auf 95 Prozent Emissionsreduzierung in einigen Sektoren später kaum mehr realisierbar.

Der BDI unterstützt in seinem Forderungspapier zudem offenbar weitere politische Maßnahmen zur Anhebung der Preise im Emissionshandel und zeigt sich offen für eine Umweltsteuerreform mit stärkerer CO₂-Bepreisung. Deutlich mehr Engagement wünscht sich der BDI beim Senken der Emissionen im Verkehr und insbesondere beim wichtigen Ausbau des Schienenverkehrs.

Kritisch beurteilt Germanwatch allerdings vor allem die Ablehnung eines staatlich verordneten Kohleausstiegspfad und der für das Erreichen der Klimaziele entscheidenden Sektorziele. "Nach wie vor führt der BDI bei der Diskussion der für die Umsetzung der Klimaziele notwendigen Maßnahmen einen Eiertanz auf", so Bals. "Für die gerade von der Industrie immer wieder eingeforderten klaren Rahmenbedingungen ist dies kein sinnvoller Beitrag."

Kontakt für Medien:

Stefan Küper
Pressesprecher

Germanwatch e.V.
Dr.Werner-Schuster-Haus
Kaiserstr. 201
D-53113 Bonn

Tel. +49 (0)228 / 604 92-23, Fax -19
mobil: 0151 / 252 110 72
E-Mail: kueper@germanwatch.org
www.germanwatch.org

Europaparlament macht Tempo bei Klimaschutz und Energiewende – Druck auf Koalitionsverhandler in Berlin

geschrieben von Andreas | 3. September 2018
Pressemitteilung Germanwatch

Union und SPD müssen nachlegen, damit Deutschland nicht zum Klimabremser in der EU wird.

Berlin/Bonn (17. Jan. 2018). Die Entwicklungs- und Umweltorganisation Germanwatch begrüßt die heutigen Beschlüsse des Europaparlaments für mehr Ehrgeiz der EU bei ihren Energiewendezielen bis 2030 und ihrem langfristigen Emissionsziel. “Das Europaparlament macht Tempo beim Klimaschutz und legt die Grundlage für die notwendige

Verschärfung des unzureichenden EU-Emissionsziels für 2030, die nun folgen muss“, sagt Christoph Bals, Politischer Geschäftsführer von Germanwatch.

“Wenn CDU, CSU und SPD Koalitionsverhandlungen aufnehmen, müssen sie ihre Ankündigung, das deutsche 2020-Klimaziel soweit wie möglich und das 2030-Klimaziel sicher erreichen zu wollen, mit den notwendigen Instrumenten untermauern. Ohne ein Ja zu CO2-Mindespreis, Kohleausstieg bis spätestens 2035 und konkreten Instrumenten für das Senken der Verkehrs- und Gebäudeemissionen geht das nicht. Der nächste Koalitionsvertrag wird zeigen, ob Deutschland Vorreiter oder Klimabremser in der EU sein will“, so Bals. Das Europaparlament habe mit seiner Entscheidung eine wichtige Voraussetzung dafür geschaffen, dass die EU in den UN-Klimaverhandlungen mit den anderen Staaten ehrgeizigere 2030-Ziele vereinbaren kann.

Das Votum des Europäischen Parlaments ist aus Germanwatch-Sicht aber nur ein erster Schritt, mit dem die EU auf einen Pfad zur Erreichung der im Pariser Klimaabkommen vereinbarten Ziele einschwenken kann. Christoph Bals: “Die nächste Regierungskoalition sollte sich dringend den Einsatz für die Verbesserung der EU-Emissionsziele für 2030 und 2050 als Hausaufgabe in den Koalitionsvertrag schreiben und damit dem Europaparlament den Rücken stärken.”

Das Europaparlament hat heute seine Position für die Verhandlungen mit den Regierungen der Mitgliedsstaaten über die 2030-Ziele für Erneuerbare Energien (mindestens 35 Prozent des Gesamtmix') und Energieeffizienz (Senkung des Endenergieverbrauchs um mindestens 35 Prozent gegenüber einem Referenzszenario) festgelegt. Bis spätestens 2050 streben die Abgeordneten nun die vollständige Treibhausgasneutralität der EU an, um sich dem Ziel der völkerrechtlich verbindlich gemachten entsprechenden Zusage im Paris-Abkommen anzunähern.

Kontakt für Medien:

Stefan Küper
Pressesprecher Germanwatch

Germanwatch e.V.
Dr.Werner-Schuster-Haus
Kaiserstr. 201
D-53113 Bonn

Tel. +49 (0)228 / 604 92-23, Fax -19
mobil: 0151 / 252 110 72
E-Mail: kueper@germanwatch.org
www.germanwatch.org

Von Karlsruhe in die ganze Welt | Viel zu tun für die Notfallpädagogik

geschrieben von Andreas | 3. September 2018



Jedes Jahr durchleben Millionen von Kindern und Jugendlichen traumatische Erlebnisse und werden dabei oft alleine gelassen. Nicht verarbeitete Traumata können jedoch auch noch nach Jahren zu schweren Symptombildungen führen und die Entwicklung nachhaltig stören.

Die Karlsruher Organisation Freunde der Erziehungskunst Rudolf Steiners – Notfallpädagogik unterstützt diese Kinder und Jugendlichen bei der Verarbeitung ihrer traumatischen Erfahrungen. So können mit pädagogischen Maßnahmen eventuelle Traumafolgestörungen abgemildert oder vermieden werden. Zu diesen gehören u.a. Elemente der Mal- und Zeichentherapie, Erlebnis- und Zirkuspädagogik, plastisch-therapeutisches Gestalten mit Ton oder Bienenwachsknete u.v.m.

Gleich im Januar und Februar finden vier Einsätze in Kriegs- und Katastrophengebieten statt.

KENIA:

Am Samstag, den 13. Januar bricht ein acht-köpfiges Team nach Kenia auf. In den Flüchtlingslagern Kakuma und Kalobeyei werden sie täglich mit den Kindern in den Reception-Centern arbeiten. In diesen Aufnahmestellen müssen die Menschen bis zu drei Monate verbringen, bis sie eine feste Unterkunft im Camp zugewiesen bekommen. Vor Ort ist inzwischen ein großes Team lokaler Mitarbeiter für das Waldorf-Kakuma-Project tätig. Sie werden bei diesem Einsatz weiter geschult und in ihrer Arbeit unterstützt.

NEPAL:

In Nepal liegt der Fokus des zehn-köpfigen Notfallpädagogik-Teams, das von 27. Januar bis 01. Februar vor Ort ist, auf der Katastrophenvorsorge und der (Aus-)Bildung. Als eines der ärmsten Länder der Welt, hat Nepal viele Probleme, die nicht ausschließlich durch die Erdbeben 2015 verursacht sind, durch diese jedoch weiter verschärft wurden. Der Wiederaufbau kommt nur langsam voran. In Zusammenarbeit mit der Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ GmbH) soll eine mittel- bis langfristig angelegte Unterstützung und Stärkung der Menschen gesichert werden.

BANGLADESCH:

In Kooperation mit der lokalen Hilfsorganisation brac werden am 01. Februar sieben Notfallpädagogen nach Bangladesch

reisen. Neben der Arbeit mit traumatisierten Kindern steht die Entlastung der lokalen Helfer im Fokus. In Workshops und Coachings werden ihnen Methoden aus der Notfall- und Traumapädagogik an die Hand gegeben, um besser mit der enormen Belastung umzugehen.

KURDISTAN-IRAK:

Nach dem Referendum und den folgenden Unruhen im vergangenen Jahr wird nun die Arbeit im Langzeitprojekt weitergeführt. Die lokalen Mitarbeiter, die auch in den vergangenen Monaten täglich mit den Kindern arbeiteten, werden beim Einsatz ab dem 06. Februar weitergebildet und das Ausbildungsprogramm fortgesetzt. Zudem wird das Team aus zwei internationalen Koordinatorinnen, die dauerhaft vor Ort sind, wieder vervollständigt.

Unsere Arbeit ist nur möglich mit Ihrer Unterstützung – jeder Beitrag hilft – vielen Dank!

Spendenkonto

GLS Bank Bochum BLZ 430 609 67 Konto 800 800 700

IBAN DE06 4306 0967 0800 8007 00

BIC GENODEM1GLS Stichwort "Notfallpädagogik"

Kontakt Presse:

Reta Lüscher-Rieger

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit für Notfallpädagogik

Tel.: 0721-354806 183

Fax: 0721-354806 180

E-Mail: r.luescher-rieger@freunde-waldorf.de

Webseite: www.freunde-waldorf.de

Die Freunde der Erziehungskunst Rudolf Steiners e.V. fördern weltweit Initiativen eines freien Bildungswesens. Seit 1971 setzen sie sich für die Waldorfpädagogik und für Freiheit im Bildungswesen ein. Seit 1993 organisiert und betreut das Büro in Karlsruhe internationale Freiwilligendienste in aller Welt und ermöglichte bislang über 20.000 Menschen einen sozialen

Dienst in über 350 Projekten in mehr als 60 Ländern. Zurzeit nehmen jährlich fast 2.000 junge Menschen an den Programmen teil. Seit Sommer 2011 können Interessierte über den Verein auch einen 12-monatigen Freiwilligendienst in anthroposophischen Einrichtungen in Deutschland leisten.

Seit 2006 sind die Freunde der Erziehungskunst im Bereich „Notfallpädagogik“ tätig. In Folge von kriegerischen Auseinandersetzungen und Naturkatastrophen arbeiteten sie bislang mit psychotraumatisierten Kindern und Jugendlichen im Libanon (2006), China (2008 und 2013), Indonesien (2009), Haiti (2010), Kirgisistan (2010), Japan (2011), Bosnien und Herzegowina (2014), Griechenland (2015), Slowenien (2015), Ecuador (2016), Philippinen (2013-2016), Haiti (2016), Gaza (seit 2009), Nepal (seit 2015), Kenia (2012 – 2013 und 2017) und Kurdistan-Irak (seit 2013).

Bericht zur sozialen Ungleichheit | 82 Prozent des weltweiten Vermögenswachstums geht ans reichste Prozent der Bevölkerung

geschrieben von Andreas | 3. September 2018
[PRESSE-INFO]

Oxfam-Bericht: Ärmere Hälfte der Weltbevölkerung profitiert nicht vom Vermögenswachstum // Zahl der Milliardäre mit 2043 auf Rekordhoch

Berlin, 22. Januar 2018. 82 Prozent des im vergangenen Jahr erwirtschafteten Vermögens ist in die Taschen des reichsten Prozents der Weltbevölkerung geflossen. Das geht aus dem Bericht „Reward Work, not Wealth“ hervor, den die Nothilfe- und Entwicklungsorganisation Oxfam im Vorfeld des Weltwirtschaftsforums in Davos veröffentlicht. Die 3,7 Milliarden Menschen, die die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung ausmachen, haben dagegen überhaupt nicht vom Vermögenswachstum profitiert. Oxfam fordert, die Steuervermeidung von Konzernen und Superreichen zu stoppen, faire Einkommen für Frauen und Männer durchzusetzen und in Bildung und Gesundheit für alle zu investieren.

Der Bericht „Reward Work, not Wealth“ illustriert, wie sich der Graben zwischen Reich und Arm weiter vertieft und wie Konzerne und Superreiche ihre Gewinne erhöhen, indem sie Löhne drücken und Steuern vermeiden – auf Kosten normaler Arbeiter/innen und Angestellter sowie des Allgemeinwohls:

- Zwischen 2016 und 2017 ist die Zahl der Milliardäre angestiegen wie nie zuvor – alle zwei Tage kam ein neuer Milliardär hinzu. Mit 2043 Milliardären lag sie im Jahr 2017 auf einem Rekordhoch.

- In nur vier Tagen verdient ein Vorstandsvorsitzender eines der fünf größten Modekonzerne so viel wie eine Näherin in Bangladesch in ihrem ganzen Leben.

Das reichste Prozent der Weltbevölkerung besitzt weiterhin mehr Vermögen als der gesamte Rest.

- Das reichste Prozent der Bevölkerung drückt sich durch Steuertricks um Steuerzahlungen von etwa 200 Milliarden US-Dollar pro Jahr.

- Entwicklungsländern entgehen durch die Steuervermeidung von Konzernen und reichen Einzelpersonen mindestens 170 Milliarden US-Dollar an Steuereinnahmen pro Jahr – mehr als die gesamte weltweite Entwicklungshilfe (145 Mrd. US-Dollar / Jahr).

Jörn Kalinski, Kampagnenleiter von Oxfam Deutschland, kommentiert: „Die massive soziale Ungleichheit ist ein

Krankheitssymptom unseres Wirtschaftssystems, nicht etwa ein Zeichen gesunden Wachstums. Eine reiche Minderheit nimmt massiv Einfluss auf politische Entscheidungen und senkt Unternehmenskosten – insbesondere Löhne und Steuern – in unverantwortlicher Weise, um die Profite der Anteilseigner zu steigern. Den Preis der Profite zahlen Milliarden von Menschen weltweit, die zu Löhnen, die nicht zum Leben reichen, schuftet müssen und keinen Zugang zum öffentlichen Bildungs- und Gesundheitssystem erhalten.“

„Das derzeitige Wirtschaftssystem fußt auf der konsequenten Ausbeutung von Frauen. Weltweit ist zu beobachten, dass Frauen geringer bezahlt werden als Männer und überproportional häufig in schlecht bezahlten Berufen und in unsicheren Arbeitsverhältnissen vertreten sind. Sie leisten unbezahlte Pflege- und Sorgearbeit im Umfang von schätzungsweise zehn Billionen US-Dollar jährlich.“

Oxfam fordert die Bundesregierung auf, ihren Beitrag zum Abbau von Ungleichheit zu leisten – zwischen Arm und Reich, zwischen Männern und Frauen, weltweit und in Deutschland. Dazu gehört insbesondere:

- **Steuervermeidung von Konzernen und Superreichen stoppen:** Steueroasen müssen durch schwarze Listen und Sanktionen ausgetrocknet werden. Weltweite Mindeststeuersätze würden dafür sorgen, dass Konzerne ihren fairen Beitrag zum Gemeinwohl leisten, und durch öffentliche länderbezogene Berichterstattung über Gewinne und darauf gezahlte Steuern würde der Prozess transparent und nachvollziehbar.

- **Faire Einkommen und gleiche Chancen für Frauen und Männer durchsetzen:** Die Bundesregierung muss Unternehmen gesetzlich verpflichten, entlang ihrer gesamten Lieferkette für faire Einkommen und Löhne zu sorgen, Arbeits- und Menschenrechte einzuhalten und gegen Diskriminierung vorzugehen. Sie muss strukturelle Barrieren, die der gleichberechtigten ökonomischen Teilhabe von Frauen im Wege stehen, wie etwa das Ehegattensplitting in Deutschland, und die Belastung durch

unbezahlte Pflege- und Sorgearbeit abbauen.

- **In Bildung und Gesundheit für alle investieren:** Schul- und Arztbesuch dürfen kein Luxus und keine Frage des persönlichen Wohlstands sein. Die Bundesregierung muss – in Deutschland selbst und als wesentlicher Bestandteil der Entwicklungszusammenarbeit – den Auf- und Ausbau hochwertiger und gebührenfreier öffentlicher Systeme für Bildung und Gesundheitsversorgung fördern.

Redaktionelle Hinweise

Hintergrundmaterial

Folgende Dokumente stehen zum Download bereit unter <https://oxfam.box.com/v/ungleichheit2018>, Passwort **oxfam**:

- Bericht "Reward Work, not Wealth" (englisch)
- „Der Preis der Profite“ – deutschsprachige Zusammenfassung mit zusätzlichen Daten zur Situation in Deutschland
- Methodologische Erläuterungen (englisch)
- Fragen und Antworten zu sozialer Ungleichheit / Kurzinterview mit Jörn Kalinski (frei zur Verwendung, auch gekürzt, auszugsweise und ohne Namensnennung)

Daten

Oxfams Berechnungen zur Vermögensverteilung beruhen auf dem Credit Suisse Global Wealth Databook 2017 (<http://publications.credit-suisse.com/tasks/render/file/index.cfm?fileid=432759CA-0A73-57F6-04C67EF7EE506040>). Das Vermögen der Milliardäre wurde berechnet anhand der Forbes-Milliardärsliste, (<https://www.forbes.com/billionaires/list/#version:static>) zuletzt veröffentlicht im März 2017.

Eine neue, verbesserte Datenlage bei Credit Suisse zeigt, dass 42 Menschen so viel Vermögen besitzen wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung. Diese Zahl kann nicht direkt verglichen werden mit der im vergangenen Jahr veröffentlichten Zahl, nach der acht Menschen so viel besaßen wie die ärmere Hälfte der

Weltbevölkerung. Der Wert für 2017 schließt neue und aktualisierte Daten ein, darunter bereinigte Statistiken der UNO zur Berechnung der Weltbevölkerung, sowie neue Statistiken aus Russland, China und Indien, nach denen die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung über geringfügig mehr Vermögen verfügt, als angenommen. Auf Basis der nun vorliegenden Daten hätte das Vermögen der ärmeren Hälfte der Weltbevölkerung im vergangenen Jahr dem der reichsten 61 Personen entsprochen.

Social Media

Die deutschsprachige Diskussion zu unserem Bericht auf Twitter verfolgen Sie unter @Oxfam_DE. Der Twitter-Account @Oxfam gehört zu Oxfam International.

Pressekontakt:

Nikolai Link, Tel.: 030-45 30 69 712, Mobil: 0177-7375288, E-Mail: nlink@oxfam.de

Oxfam ist eine internationale Nothilfe- und Entwicklungsorganisation, die weltweit Menschen mobilisiert, um Armut aus eigener Kraft zu überwinden. Dafür arbeiten im Oxfam-Verbund 20 Oxfam-Organisationen Seite an Seite mit rund 3.250 lokalen Partnern in mehr als 90 Ländern.

Mehr unter www.oxfam.de

Oxfam Deutschland e.V.
Am Köllnischen Park 1
10179 Berlin
Deutschland

Bauernverband präsentiert sich planlos beim Klimaschutz – Klimastrategie des Bauernverbands enthält keine Vorschläge, mit denen Emissionen in der Landwirtschaft effektiv verringert werden könnten.

geschrieben von Andreas | 3. September 2018
Pressemitteilung Germanwatch

Berlin/Bonn (10. Jan. 2018). Die Umwelt- und Entwicklungsorganisation Germanwatch übt scharfe Kritik an der heute vorgestellten "Klimastrategie 2.0" des Deutschen Bauernverbands (DBV). Die vom DBV vorgestellten Maßnahmen seien keine Grundlage, um die Treibhausgase in der Landwirtschaft effektiv zu verringern. "Der Bauernverband sucht offenbar vor allem Argumente dafür, nichts an der industrialisierten Landwirtschaft und der zunehmend exportorientierten Milch- und Fleischerzeugung zu ändern", so Tobias Reichert, Teamleiter für Welternährung, Landnutzung und Handel bei Germanwatch. "Dabei wäre die Abkehr von der Massentierhaltung die mit Abstand wirksamste Maßnahme, um beim Klimaschutz in der Landwirtschaft voran zu kommen."

Die Tierhaltung einschließlich der dafür notwendigen Futtererzeugung ist für etwa drei Viertel der Treibhausgasemissionen aus der deutschen Landwirtschaft verantwortlich ist. Der einzige starke Rückgang der landwirtschaftlichen Emissionen um etwa 10 Millionen Tonnen

CO₂ (in Äquivalenten) Anfang der 1990er Jahre entstand durch den Abbau der Viehbestände in der ehemaligen DDR.

Der DBV schlägt nun im Wesentlichen vor, die "Klimaeffizienz" zu steigern, indem pro Produkteinheit weniger Treibhausgase entstehen sollen. Reichert: "In welchem Umfang die einzelnen Maßnahmen tatsächlich zu geringeren Emissionen beitragen können, wird in der Strategie nicht ausgeführt. Zudem bleibt offen, ob und wie verhindert werden soll, dass die angestrebte Verringerung der Emissionen pro Produkteinheit nicht durch eine weiter steigende Gesamtproduktion konterkariert wird. Denn diese steigt seit 2007."

Mehr Klimaschutz ist nur mit weniger Tieren in den Ställen möglich

Eine Reduktion der Tierbestände bleibt für den DBV tabu. Dabei führt die regional konzentrierte intensive Tierhaltung nicht nur zu den hohen absoluten Treibhausgasemissionen, sondern auch zu einer Reihe weiterer Umweltprobleme wie der Gewässer- und Luftbelastung durch Gülle und den Verlust der Artenvielfalt durch Überdüngung. Die Orientierung am Weltmarkt, die nötig ist, um die steigenden Mengen exportieren zu können, hat zum Verfall der Erzeugerpreise und Einkommen der landwirtschaftlichen Betriebe geführt – insbesondere bei Fleisch und Milch. "Immer mehr Betriebe müssen aufgeben und für die übrigen wird es immer schwieriger, dem Tierwohl gerecht zu werden", erklärt Reichert.

Um die Ziele des Klimaschutzplans zu erreichen, wäre ein grundlegender Wandel in der Tierhaltung notwendig, und zwar unter der vom Wissenschaftlichen Beirat Agrarpolitik der Bundesregierung vorgeschlagenen Leitlinie "Besser aber weniger". Der Bauernverband könne dann durchaus zu Recht fordern, dass die tierhaltenden Betriebe von Politik, Handel und Verbrauchern bei den notwendigen Anpassungen unterstützt werden. Aber das "Weiter so" in seiner Klimastrategie werde weder dem Klimaschutz noch den Bauern gerecht.

Kontakte für Medien:

Tobias Reichert

Teamleiter Welternährung, Landnutzung und Handel, Germanwatch
mobil: 0178 – 212 58 03

Stefan Küper

Pressesprecher Germanwatch
(Kontakt s.u., heute nur per Handy oder e-mail)

–

Stefan Küper
Pressesprecher

Germanwatch e.V.
Dr.Werner-Schuster-Haus
Kaiserstr. 201
D-53113 Bonn

Tel. +49 (0)228 / 604 92-23, Fax -19
mobil: 0151 / 252 110 72
E-Mail: kueper@germanwatch.org
www.germanwatch.org